

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

4.8.1921 (No. 179)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstr. 14  
Telefon:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonto:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
J. E. Redakteur  
G. R. f.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunische  
Buchdruckerei,  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 M.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gepaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontowechseln fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Aufhebung, Währungsänderung, Betriebsänderung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Für die Politik des Rechts.

#### Die Rede des Reichskanzlers in Bremen.

Am Nachmittage gehen wir die bedeutende Rede, mit der Reichskanzler Dr. Brüning in Bremen in letzter Stunde vor der Entscheidung über Oberschlesien an das Gewissen und die Vernunft der Welt appellierte, in dem nunmehr vorliegenden ausführlichen Wortlaut wieder:

Als ich heute morgen in die Stadt kam, bin ich nicht hierher gekommen, um eine Rede der Resignation zu halten, nicht um Sie zu unterrichten von den täglichen Sorgen und Mühen, von denen die Regierung erfüllt ist, sondern ich bin hergekommen, um Ihnen Worte der Ermunterung, des Trostes, der Anmutigung zu sprechen, damit wir in diesen großen gewaltigen Schicksal, das unser Land betroffen hat, uns nicht allein dem Schicksal hingeben, sondern ich will Sie aufrufen, mit uns, mit allen deutschen Regierungen mühsam durch Arbeit, durch freiwillige Arbeit den Weg zur Freiheit zu gehen. (Bravo.) Ich weiß, daß die Arbeit, die wir verrichten müssen, in unserem deutschen Vaterlande getragen sein muß von dem Gedanken hoher Ideale, daß wir aber gerade in diesen Idealen in unserem deutschen Volk nicht einzig sind! Die einen schauen rechts, die anderen links, wieder andere schauen auf den dornigen Pfad, der uns allein durch Arbeit vorwärts bringen kann zur Freiheit. Wir können es nicht darauf an, Illusionen zu wecken, Illusionen haben wir früher genug gehabt, im Weltkrieg. Nicht um Illusionen zu wecken, bin ich hergekommen, sondern um Ihnen zu sagen, daß wir uns nur durch treue Pflichterfüllung, durch harte, eiserne Arbeit den Weg zur Freiheit bahnen können. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten manche Enttäuschung erlitten, aber eines hat sich doch gezeigt, wir sind nicht Illusionenmänner gewesen. Wenn man einmal in der Politik eine feste Richtung eingeschlagen hat, und wenn man diese Richtung innehält, dann muß man doch in der Welt Beachtung finden (Sehr richtig!). Diese Beachtung in der Welt baut sich auf auf deutsche Charakterfestigkeit. (Bravo.) Der Weg, der uns dargezeichnet ist, ist der Weg des Rechts, ist der Weg, der nicht bezeichnet wird durch das blanke Schwert, ist der Weg, der doch zeigt, wohin die Sehnsucht aller Völker geht, es ist der Weg der Wahrheitsgierigkeit und der Liebe. Er weist zum wahren Menschentum, der Weg, auf den die Welt ein Recht hat, es ist der Weg zum Glück und zur Wohlfahrt. (Bravo! Handklatschen.)

Es wird mancher unter Ihnen sein, der an den alten Sagen hängt. Ich nehme es niemandem übel, das ist Historie. Manchem wird es schmerzhaft sein, wenn er an die alten Zeiten denkt. Allein die heutige Politik des Reiches kann sich nicht umkleiden mit den Illusionen der Macht. Denn diese Faktoren sind nicht mehr vorhanden, sondern das heutige Reich und seine Führer müssen sich wappnen mit Geduld in der Überzeugung, daß der Kern der Welt und ihrer Geschichte ein moralischer ist (Handklatschen), und ich glaube, gerade inmitten der großen strebsamen Arbeiterwelt Bremens, das ein Ausgangspunkt ist für das Emporblühen des Welthandels, daß hier der Gedanke des Vertrauens Wurzeln fassen muß und der großen moralischen Weltanschauung, die das Rechtsbewußtsein Deutschlands immer ausgezeichnet hat. Ich sagte vorher, daß mancher nur mit trauer Abschied nimmt von dem Gedanken, daß nicht die Macht allein die deutsche Politik regieren kann. Wir haben diese Macht nicht. Wir wissen aber auch, was gerade die Macht in den letzten Monaten für Unheil geschaffen hat.

Wollen Sie wissen, was Macht ist, wenn sie brutal mißbraucht wird, dann, liebe Volksgenossen, schauen Sie auf Oberschlesien.

Dort hat die Macht, und zwar die polnische Macht, nicht ganz ohne Verbindung mit Mächten, die den Gedanken des Rechts hätten hochhalten müssen, dort hat der Gedanke der Diktatur ein glänzendes, blühendes Land, wie wir es der Internationalen Kommission übergeben haben, beinahe an den Rand des Verderbens gebracht. Wir wollen keine Diktatur in der Welt, wir wollen nur eines, daß deutsches Land, daß durch deutsche Arbeit, durch deutsche Kultur zu großer Blüte emporgewachsen ist, daß dieses Land nicht unter polnischer Diktatur dem Ruin preisgegeben wird. (Bravo!) Dort haben Sie den Mißbrauch der Macht gesehen, und ich glaube, niemand in Bremen verkennt den großen Gedanken der Stunde, die uns bevorsteht, wo sich zeigen soll, ob in Oberschlesien das Recht oder ob die Gewalt, ob Unvernunft oder wirtschaftliche Vernunft in Oberschlesien herrschen sollen. Ich habe genügend dargelegt, wie wichtig es für die ganze Welt ist, daß an Stelle des Machtgedankens der Gedanke des Rechts zum Durchbruch kommt. Wir hören Stimmen des Rechts und des Friedens in der ganzen Welt. Aus Amerika, aus England hören wir diese Stimmen. Wenn diese Stimme auf der ganzen Welt rechtzeitig im Lobe des Weltkrieges zur Geltung gekommen wäre, die Welt würde heute anders da als in dem jetzigen ungeheuren Elend. Wir wollen jede Stimme des Rechtes und der Vernunft, ob sie jenseits des Meeres oder jenseits des Kanals erklingt, mit Dankbarkeit begrüßen. Mit herzlichster Freude haben wir gehört, daß aus dem Munde führender Staatsmänner auf der Seite unserer früheren Gegner das Wort Glück und Wohlfahrt der Völker wieder ausgesprochen wird.

Liebe Volksgenossen, das deutsche Volk weiß von vergangenem Glück und Wohlfahrt zu erzählen. Waren es nicht glückliche Tage, wo die Welt auch in Bremen in Frieden ihrer Geschäften nachgehen und den Werken der Wohlfahrt und des sozialen Gedankens leben konnte? Wenn wir heute das Wort Glück und Wohlfahrt auf die Lippen nehmen, so tun wir es in dem Bewußtsein, Glück und Wohlfahrt verloren zu haben. Das große Weltgeschick hat diesen Friedensgedanken verschüttet und allein den Machtgedanken zur Geltung gebracht. Wir

sprechen von Glück und Wohlfahrt, weil dieses Land der Sehnsucht hinter uns liegt. Aber wenn drüben heute von Glück und Wohlfahrt gesprochen wird, so frage ich Sie, ob seit dem Waffenstillstand, der dem deutschen Volke die Waffen abgenommen hat, dieses Ziel, die Wohlfahrt und das Glück der Völker zu erneuern, wirklich das Ziel der führenden Männer gewesen ist?

Schauen Sie hin auf die Politik der letzten drei Jahre, auf die Politik der letzten Monate. Mit wenigem Drohen tritt man uns gegenüber. Damit macht man keine Wohlfahrt, sondern nur neuen Haß. Wir haben in den letzten Tagen wieder erlebt, welche schwere Wölken wieder über unser deutsches Vaterland heraufgezogen sind, welche neuen Drohungen ausgesprochen worden sind, während wir glaubten, dem wahren Gedanken der Liebe und der Versöhnung in der Welt zu dienen und damit den Völkern neues Glück und neue Wohlfahrt zu bringen. Ich nehme es niemandem in dieser großen Halle übel, wenn Sie an der Politik der letzten Monate Kritik üben. Ich habe nichts dagegen, wenn hier und dort der Ruf an mich herantritt: Herr Reichskanzler, Sie sind einen falschen Weg gegangen. Trotzdem würde ich, wenn noch einmal die schwere Entscheidung zu fällen wäre, eine Regierung zu bilden, wieder allein den Weg des Rechtes gehen. Ich würde mich keinen Augenblick befinnen, diese Politik noch einmal zu machen. (Bravo und Handklatschen.)

Ich habe die Antwort auf das Ultimatum von London gegeben. Will man in der Welt einem großen Gedanken der sozialen Demokratie Rechnung tragen, dann darf man die Politik der deutschen Regierung nicht sabotieren, die getragen ist von dem Vertrauen der arbeitenden Welt und Handelswelt. Eine solche Sabotage würde ich auffassen als eine Sabotage der großen Ideale der Welt, eine solche Sabotage wäre es, wenn trotz der Abstimmung in Oberschlesien Korant und nicht das Recht der Abstimmung in Europa zur Geltung kommen würde.

Es ist eine große gewaltige Stunde die für die Nachhaber der alliierten Mächte in dieser Woche ansteht. Ich weiß nicht, ob man in der ganzen Welt die Zeichen der Zeit richtig versteht, aber es darf nicht geschehen, daß man den großen Gedanken des Selbstbestimmungsrechts verlegt in einem Augenblick, wo alle Mächte moralischer Natur mit eherner Stimme in die Welt hinausrufen müßten: Jetzt admet das Selbstbestimmungsrecht des obereschlesischen Volkes, das mit aller Macht und Klarheit sich ausgesprochen hat, jetzt admet den Gedanken der Demokratie in der Welt, den Gedanken der Freiheit, wenn ihr nicht dieses Europa dem Ruin, dem Elend, dem endgültigen Untergang weihen wollt (Bravo und Handklatschen.)

Von diesem Gedanken getragen, daß das Recht der Selbstbestimmung Oberschlesiens geachtet werden muß, haben wir feierlich unsere Politik eingeschlagen, die Politik der ehrlichen Erfüllung des Friedensvertrages. Ich weiß, daß wir in den politischen Idealen nicht alle einzig sind, mein Ideal, das ich persönlich erkläre, und für das ich jederzeit bereit bin, einzutreten, ist das der demokratischen freien deutschen Volksrepublik (Weiß!). Wir verlangen, daß man unsere Ideale und unser aufrichtiges Streben admet. Muß nicht heute allen, die an den Geschicken Europas mitarbeiten wollen, klar sein, was es bedeutet, den größten Teil des deutschen Volkes zu mißachten, das sich jetzt in den bittersten Stunden der Erfüllung des Ultimatus belesen läßt durch den Gedanken, durch Arbeit zur Freiheit zu kommen. Ich frage vor aller Welt, haben Sie je ein Volk gesehen, das solche ungeheuren Opfer auf sich nimmt, wie sie durch unsere Steuererhebung gerade auch von den Robm- und Gehaltsempfängern, von der deutschen Arbeiterwelt, von der Angehörigen und Beamtenwelt verlangt wurden, hat uns nicht der große Gedanke geleitet, durch die Arbeit, durch Opfer, die junge deutsche Republik wieder zur Freiheit und zur neuer Wohlfahrt zu führen? Die Wohlfahrt aller Völker ist eng untereinander verflochten. Sieht die Welt um uns nicht ein, daß man heute ein Volk nicht isolieren kann? Schauen Sie hinüber nach England, sind nicht dort 2 Millionen Arbeitslose, die um ihr tägliches Brot ringen? Schauen Sie hinüber nach Amerika, sind es dort nicht doppelt so viele, wie in England? Schauen Sie runderum, wie das Weltwirtschaften zusammengebrochen ist, wie die tausend wirtschaftlichen Fäden zerrissen worden sind durch das große Schicksal der europäischen Kriegskatastrophe.

Wie war es im Jahre 1914! Heute sind es sieben Jahre danach, was stand am Eingang dieser siebenjährigen Epoche? Ein Ultimatum, das unglücklichste was die Welt gesehen hat, jenes Ultimatum an Serbien und ist es jetzt nicht wieder ein Ultimatum gewesen, das für die Welt entweder das Zeichen der Verständigung oder vielmehr noch einmal das Zeichen neuer Zerwürfungen für Europa sein kann.

Auch Europa kann nicht noch einmal durch eine Katastrophe neuen Verrückens oder durch einen neuen Krieg hindurchgeführt werden.

Zweckschlachten lagern auf dem Kontinent, der ein Bringer des Lichts und der sittlichen Freiheit für die ganze Welt hätte sein können. Der europäische Gedanke, der den Blick loslöst von dem engen Kreise und ihn lenkt auf das gemeinsame Schicksal Europas und damit der ganzen Welt, dieser Ruf muß hiltend und stehend, muß ermahnen und hoffend in die ganze Welt hinausbringen, der Gedanke, daß man die Welt nicht mit Ultimatum, mit Behrohungen und Beschränkungen befreit, sondern daß man sie nur retten kann, wenn man sich an Verhandlungstisch zusammen niedersäßt und über die Probleme der Weltwirtschaft verhandelt. Denkt kaufmännisch, denkt beruhigend, denkt in Liebe der gefallenen Brüder, die auf allen Schlachtfeldern ihr Leben ließen, denkt in Ehren aller Millionen Menschen, die in dem Glauben an die Erlösung der Welt auf allen Schlachtfeldern ihr Leben gelassen haben, aber denkt groß, denkt verständlich. Möget

Ihr auch denken an die, die Verbrechen getan haben in allen Nationen, aber überlegt immer, ob es politisch und ob es klug ist, heute über das zu reden, was man morgen noch ausgraben kann. Denkt großzügig, denkt an die Welt! Das deutsche Denken hat sich nicht immer bewegt innerhalb der Grenzpfähle unseres Volkes. Es hat darüber hinausgegriffen in die Welt. Gerade hier in Bremen ist der Boden für den großen Gedanken, daß die Welt doch schließlich eins ist in ihrer Wirtschaft. Mit diesem Denken und Fühlen verbindet sich in Bremen nicht nur Eurer Vaterland und unserm Vaterlande, sondern Europa und der ganzen Welt den größten Dienst erweisen. Nun, liebe Volksgenossen, gerade in dieser Stunde, wo wir den großen deutschen Gedanken der Solidarität Europas in aller Welt vertreten, gehen wir der Entscheidung über Oberschlesien entgegen. Es ist eine schwere Stunde, nicht nur entscheidend etwa für eine Regierung. Am Personen handelt es sich nicht.

Es ist ja bemerkenswert, daß mir als Finanzminister des Reiches, als der ich vor einigen Monaten Gelegenheit hatte, in Ihren Mauern zu weilen, ein so freundliches Willkommen geboten wurde. Finanzminister sind nirgends beliebt in der Welt. Die Finanzminister haben ihre Pflicht zu erfüllen, auch dann, meine Damen und Herren, wenn es nicht nur bei den Proletariaten, sondern auch bei den Goldwertbesitzern Tränen gibt. Ich sage, Finanzminister sind nicht beliebt, sondern sie müssen ihrem Lande dienen, indem sie das große Gemeinwohl über die einzelnen Interessen stellen.

Dieser große Gemeinschaftsgedanke ist es, der uns bewegt. Meine Damen und Herren! Ich habe mich in den letzten Wochen manchmal gefragt, wie es möglich ist, daß im Osten Deutschlands ein neuer Staat eine solche Politik betreiben kann, wie es Polen getan hat. Das Bild an der Wand zeigt uns, daß der Gedanke der Kolonisation und damit der Kulturgedanke hier von Bremen aus im Osten Boden gefaßt hat. Was verbannt die östliche Welt uns, und was bedanken die großen Städte der Ostseeküste gerade ihrer Heimatstadt Bremen! Da ist der Gedanke der Zivilisation und der Menschheit unter den belebenden Formen des Handels in alle Welt hinausgegangen. Was hätte ein polnischer Staat für die Welt bedeuten können, wenn er sich innerhalb seiner natürlichen Grenzen bewegt hätte! Haben Sie je in der Welt ein Volk gesehen, das durch deutsches Blut und durch den Tod unserer Brüder zum Leben erwacht ist, und das uns denn nicht schmählich behandelt hat wie gerade das polnische Volk. Wir hätten den Wunsch gehabt, nachdem Polen zur Staatlichkeit erwacht ist, uns mit diesem Volk zu verständigen, um dem Gedanken der europäischen Kultur gemeinsam zu dienen. Und was begibt sich jetzt vor unseren Augen? Im Osten greift Polen weit in russisches Gebiet hinein, in Litauen ist die Grenze nicht geregelt, die Frage von Wilna ist noch offen, und in Galizien herrscht den Russen gegenüber die Politik der Macht ohne einen Gedanken des Rechtes und der Versöhnung. Und nun auch das freudvolle Beginnen gegenüber dem deutschen Volke, ein zweites Glas-Brühen zu schaffen und einen ewigen Brandherd zwischen großen Völkern, der den europäischen Kontinent aufs neue im Laufe des Jahrhunderts ins Unglück stürzen kann. Ich glaube mir alle, die wir hier vereint sind, wir haben nicht den Gedanken in uns aufgenommen, daß, nachdem Millionen Kreuze auf allen Schlachtfeldern stehen diese Frage aufs neue das arme Europa in Elend und Verzweiflung stürzen soll. Warum keine Verständigung? Weil politische Egoismus und grenzenloser Egoismus in Warschau die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen will. (Bravo.) Darum achte unsere Mahnung hinaus über das ganze Erdrund: Löst die obereschlesische Frage, nachdem das Volk gesprochen hat, gerecht. Löst sie so, daß nicht im Osten ein neuer Brandherd entsteht, der Deutschland und die ganze Welt aufs neue dem Ruin entgegenführen kann. Sieben Jahrhunderte lang ist dieses Land in deutschem Besitz gewesen, zur Höhe der Wohlfahrt und zum Reichtum emporgetragen, zu jener Kultur, in der auch die soziale Gerechtigkeit eingebaut ist. Diese Bewegung war nicht zu Ende. Darf ich es Ihnen offen aussprechen? Vor dem Kriege war Deutschland gewiß reich, und manche Frage wäre zu lösen gewesen, wenn die Versöhnung zwischen dem Besitz und den Arbeitern im deutschen Vaterlande überall gepflegt worden wäre. Oberschlesien und seine Arbeiterbevölkerung wird unter deutscher Herrschaft und unter deutscher demokratischer Freiheit andere Tage genießen als etwa unter der Herrschaft polnischer Nationalisten, die nur den Gedanken nationalisierender Verlegenheiten kennen und mit darauf bauen, durch Gewalt das alte deutsche Kulturland in ihren Besitz zu bringen. Wir sehen der Entscheidung mit klaren Augen, gewiß mit klopfendem Herzen, aber in dem Bewußtsein entgegen, daß ein Volk, das für sein gutes Recht nicht, niemals untergehen kann. Ich vertraue auf die Einsicht der großen führenden Nationen in der Welt, daß unsere Stimme nicht ungehört im Rate der Völker verhallen wird. Wir werden nicht dabei sein bei dieser Entscheidung. Es ist gut, daß wir nicht dabei sind, denn

die Verantwortung für eine gerechte Entscheidung liegt bei denen, die uns wieder nach London beufen noch zur Abrüstungskonferenz eingeladen haben.

Es ist nur ein Zeichen dafür, daß wir jetzt um so mehr, wo wir nicht mehr das Schwert führen der ganzen Welt dienen, wenn wir den Gedanken des Rechtes und der Gerechtigkeit als deutschen Gedanken in der Welt vertreten. Wir erwarten die Entscheidung. Ich sehe nicht ohne Hoffnung in die Zukunft, ich weiß, was diese Hoffnung für uns bedeutet. Ich weiß, daß man enttäuscht werden kann. Diese Enttäuschung würde sich schwer auf die großen Scharen des werktätigen Volkes legen. Als ich heute morgen durch die Bremerwerft ging, Stromadwärts fuhr mit der Führung ihrer Stadt, als man mir sagte, wie notwendig es jetzt ist, daß gerade die Hanstädter wieder emporkommen, da sagte ich mir, das war der richtige Pfad, in letzter Stunde eine Wohnung in die Welt hinauszugeben, daß wir in Deutschland bereit sind, zu arbeiten und zu opfern. Aber nicht ohne einen großen Impuls, der allein die Arbeit beleben kann; denn nur die Begeisterung

...rung für eine große Idee ist die Quelle großer Taten, die Begeisterung für den Gedanken, wieder durch Arbeit emporzuklimmen. Dieses Ziel muß uns alle beleben, jetzt und immerdar. (Bravo.)

Ich danke Ihnen, verehrte Volksgenossen, daß Sie hier in so unerhörter Zahl der Einladung der Stadtverwaltung gefolgt sind. Ich weiß, daß in Bremen ein freibeitlich geistetes Volk lebt, das dem Gedanken der politischen Freiheit und des Fortschritts verständnisvoll gegenübersteht. (Bravo!) Ich hoffe von der Bremer Arbeiterschaft und der Bremer Kaufmannschaft, daß sie uns in der großen Stunde der Entscheidung unterstützen, und daß nicht politischer Streit unsere Arbeit zunichte macht. Das wäre unseren Gegnern gerade recht, wenn in Deutschland irgend eine Torheit begangen würde. Vor der großen politischen Entscheidung keine Ratsche. Für die, die noch den Gedanken an Ratsche in ihren Gehirnen tragen, ist nur eines gut: kalte Umschläge! (Bravo! und Handklatschen.) Gerade in diesen Tagen, wo große politische Entscheidungen reifen, keine Störungen in Deutschland. Ich rufe es an alle Kaufleute hinaus, an alle Arbeiter Deutschlands und an alle, die arbeiten wollen. Ich rufe es laut in alle Winde Deutschlands:

#### Zu dieser Stunde kein Gedanke an Gewalt.

Von der großen einseitigen Linie, die die Reichspolitik vorgezeichnet hat und von der Politik der Erfüllung des Friedensvertrags darf es kein Abweichen geben. Wir wollen in solcher Stunde kein Schwanken auf den Bahnen des Rechtes, den Bahnen der Arbeit und des großen Gedankens der sozialen Republik, des Gedankens der Freiheit und Wohlfahrt unseres Vaterlandes. Wir vertrauen auf Bremens Bevölkerung, auch auf die, die nicht politisch unserer Überzeugung ist, daß sie treu zusammensteht mit uns in diesem großen einseitigen Gedanken. Wie ihre Vorfahren ausgezogen sind, um im Osten dem Gedanken der Kultur zu dienen, mögen sie auch verschiedenen Sinnes gewesen sein, in einem waren sie aber einig: in dem großen Ziel, in der Welt den Geist der Pflicht, der freien Ordnung, des freien Verkehrs und des Handels zu verbreiten. Geht mögen auch materielle Interessen mitgesprochen haben, aber ein Interesse war vorherrschend und der große Gedanke der Einsetzung für eine große Idee. Unsere Idee ist der Gedanke der europäischen Solidarität unter dem Banner der sozialpolitischen Freiheit und der demokratischen Entwicklung für ganz Europa. (Bravo und Handklatschen.) Ich hoffe, daß unsere Arbeit nicht vergebens ist. Ich baue auf die, die uns faires Spiel zugesagt haben. Eine Enttäuschung des obersteleischen Volkes in der Hoffnung auf seine baldige Aufrichtung wäre das größte historische Unglück, das Europa widerfahren könnte. Wir haben Schwere übernommen und ich weiß, daß alle deutschen Stämme dem Gedanken der Einheit die schwersten Opfer gebracht haben. Was haben wir erreicht aus dem Stimm und Drang des Weltkrieges? Die Macht ist in Trümmer verfallen, der Wohlstand ist vernichtet, und die Herrlichkeit ist verfallen. Eines aber haben wir erreicht: die Einheit des Reiches, die Einheit unserer Wirtschaft und die Hoffnung, daß wir in der Einheit, in der sozialen Freiheit, in der Demokratie, und in der Gerechtigkeit unter Glück und unsere Wohlfahrt wieder neu aufbauen können. Dies wird Opfer kosten von allen Seiten. Wenn Sie wissen wollen, welche Opfer gebracht werden müssen, so fragen Sie den Finanzminister des Reiches. Ohne Opfer ist das Vaterland verloren. Aber allen denen, die noch an den alten Zeiten hängen, nehme ich es nicht übel. Der Gedanke ist ja zu verlockend, sich in die Vergangenheit zu vergraben. Aber nehmen Sie die neue Verfassung des Reiches her und lesen Sie die einfachen und schlichten Worte, die an der Spitze stehen, wo es heißt: Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen befeuert, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern, hat sich diese Verfassung gegeben, und ich darf ergänzend hinzufügen, „den Deutschen Volksstaat gegeben.“ Lassen wir uns nicht niederbrücken von dem Gedanken, was hinter uns liegt. Gedächtnis denken wir dann und wann in Kreuze und Gebeten der gefallenen Brüder und Mitmenschen, die zu Millionen auf den Schlachtfeldern ruhen. Aber wir wollen uns nicht herabdrücken lassen. Wir wollen nicht in Tränen unterinken. Auch über die Gräber wollen wir wieder vorwärts schreiten und die Menschheit vorwärts führen zu großen Zielen, vorwärts und wieder aufwärts zum Licht, zu neuem Glück und Gerechtigkeit für unser deutsches Volk. (Bravo und Handklatschen.)

## Die Lage in Wilna.

Aus Wilna, Ende Juli, wird der „Berl. Volksztg.“ geschrieben:

Das Wilna-Gebiet mit dem im Osten angrenzenden polnischen Landstrich, der, nach dem Rigaer Frieden, von Sowjetrußland an Polen abgetreten worden ist, bildet mit dem „polnischen Korridor“ die beiden Arme, mit denen Polen über kurz oder lang zuerst Litauen an sich zu reißen hofft, um später, durch eine weitere und vollständige wirtschaftliche Abschneidung auch Ostpreußen nach Möglichkeit in das polnische Interessengebiet zu ziehen. In aufrichtigen Minuten spricht jeder Pole von diesen Plänen: zuerst die Union mit Litauen, dann das Protektorat im Memelgebiet — zum Schluß die „Annäherung“ Ostpreußens an Polen, das auf diese Weise auf breiter Linie am Baltischen Meere Fuß fassen will. Es ist daher wichtig, zu erfahren, wie die Dinge in Wilna stehen, — diesem, wie gesagt, rechten Arme Polens, der zuerst zu greifen soll. Allein, zurzeit ist es einem Nichtpolen fast unmöglich, in dieses Gebiet, das zu seinen beiden und einzigen Nachbarn — Litauen und Lettland — so gut wie gar keine Beziehungen unterhält, einzudringen, und es muß als glücklicher Zufall bezeichnet werden, daß es mir gelang, einige Tage hier zu weilen, wo „der Funke unter der Asche glimmt und zu einem europäischen Brande werden kann, wenn nicht beizeiten gewehrt wird.“

Es sei zunächst konstatiert, daß die Stadt Wilna nebst dem ganzen, mehrere Kreise umfassenden ländlichen Gebiet — also dem sogenannten Mittellitauen — heute einem einzigen großen Heerlager gleicht. Man fühlt sich in die Jahre des Krieges zurückversetzt: Nach 11 Uhr darf niemand die Straße betreten, der Bahnhof ist von Militär besetzt, in jedem Hause liegt Einquartierung, aufgeregtes Gerede und Geräusch der feldgrauen Autos usw. Ein ähnliches Bild auf dem Lande: jede Eisenbahnstation ist ein Stappenzug, Züge in voller Marschrüstung mit Geschützen und Munitionstransporten trifft man in großer Zahl unterwegs, Requisitionen und Konfiskationen von Lebensmitteln werden in großem Umfang vorgenommen usw. usw. Was ferner die Armee selbst angeht (über deren Treiben sich die Landbevölkerung schwer beklagt), so wird ihre rein polnische Zusammensetzung heute von den Wilnaer Herren nicht mehr geleugnet: ja, dem militärischen Abgehen Litauens, dem litauischen Reiter, den jeder Soldat der Jelizowski-Armee vorschriftsgemäß neben dem polnischen Wäber an der Hüfte tragen soll, konnte ich höchstens zwei bis dreimal begegnen. Es ist die reguläre polnische Armee, die hier ihr Lager aufgeschlagen hat, und die Behauptung Jelizowski's — seine Armee bestehe nur aus Eingeborenen des Wilna-Gebiets, ist, wie ich mich auf Grund zahlreicher Rundfragen überzeugen konnte, in keiner Weise ernst zu nehmen.

Auch die Verbindung mit dem übrigen Polen ist völlig frei und unbehindert: es gehen und kommen täglich mehrere Armlauberzüge aus Warschau nach Wilna und umgekehrt; desgleichen besteht ein reger Personerverkehr mit Polen, den täglich zwei Züge mit internationalen Schlaf- und Speisewagen Wilna-Warschau vermitteln. Selbstredend trifft man in diesen Zügen in großer Zahl die bekannten Schiebertypen, da die isolierte Lage des Gebietes dem Handwerk dieser Leute reiche Möglichkeiten bietet.

Im Zusammenhang mit diesem reichen Verkehr und dem Zutrom verschiedener Elemente aus Warschau und dem übrigen Polen mag sich die ursprüngliche Zusammensetzung der Bevölkerung des Gebiets verändert haben, doch sicherlich nicht in dem Maße, wie es die polnische Statistik, in freiem Gegensatz zu den Resultaten der deutschen und russischen Volkszählungen, behauptet. Hierbei ist allerdings die teilweise Abwanderung der litauischen, weißrussischen und jüdischen Bevölkerung zu berücksichtigen, und die Zurückgebliebenen haben unter dem Druck der polnischen Truppen oft als Nationalität die polnische angegeben; doch ist die polnische Bevölkerung zweifellos weder in Wilna noch auf dem Lande in der Mehrheit, was allerdings auch von der litauischen Bevölkerung nicht gesagt werden kann. Vielmehr bilden in der Stadt Wilna nach wie vor die Juden die relative Mehrheit und geben der Stadt ihr charakteristisches Gepräge. Auf dem Lande dagegen besteht die Bevölkerung zum größten Teil aus Weißrussen, meistens Analphabeten, denen ihre politische Zugehörigkeit ziemlich gleichgültig ist. Diese Bevölkerung der nationalen Fragen trägt dazu bei, daß Wilna, das von der Entente im Jahre 1919 Litauen zugesprochen wurde, heute zu einem fast unerschließbaren Problem geworden ist.

Über die Kommission des Völkerbundes, die hier weilte und nichts ausgerichtet hat, spottet die Umgebung Jelizowski's mit Vorliebe. Auch der letzte Beschluß des Völkerbundesrates wurde hier, obwohl er für Polen recht günstig ausgefallen ist, übel aufgenommen, und es ist noch völlig unklar, ob es der Entente je gelingen wird, die polnischen Truppen zur Räumung des Gebietes zu veranlassen.

Der Pole hat sich hier häuslich eingerichtet und entfaltet von hier aus eine emsige agitatorische Tätigkeit: mit der Arme ist eine große Anzahl polnischer Politiker, Journalisten usw. herübergekommen. Es werden nicht weniger als zehn polnische Tageszeitungen in Wilna herausgegeben, Theater und Varietés aus Warschau sorgen für Zerstreuung und Amusement der „Bretter“. Wilnas, polnische Schulen werden in litauischen und weißrussischen Dörfern eröffnet, Kirchen gegründet usw. Nach Möglichkeit wird diese Polonisierung auch auf das benachbarte Litauen ausgedehnt, und in Kowno arbeitet polnisches Geld.

Was die Person des Generals Jelizowski angeht, so scheint er die Leitung der gegen Litauen gerichteten Politik der Warschauer Drahtzieher zu übernehmen. Jedenfalls versucht er den Eindruck der Kampfbereitschaft und Angriffsfreudigkeit seiner Armee dadurch zu mildern, daß er von Zeit zu Zeit erklärt, es liege ihm völlig fern, Litauen anzugreifen, er wolle nur die Rechte der Polen des „Kowno-Gebiets“ verteidigen. Im Gegensatz dazu läßt seine Umgebung niemand im Zweifel darüber, daß man nur auf einen günstigen Augenblick wartet, um den Vormarsch auf Kowno zu beginnen. Inzwischen ist Jelizowski, trotz des Widerspruches der Völkerbundkommission, entschlossen, eine Polibetretung von Mittel-Litauen einzuleiten. Die Vorbereitung zu dem Sejm. wahlen werden eifrig getroffen, und sie sollen in nächster Zeit stattfinden.

Die innere Lage des Wilna-Gebiets ist zudem äußerst kritisch: die Streiks nehmen kein Ende, und fast alle zwei Wochen erlebt man einige Tage, an denen es weder Wasser noch Licht in der Stadt gibt.

## Politische Neuigkeiten.

### Vor der Entscheidung.

Galtantlich wird mitgeteilt, daß die Angelegenheit des Truppentransportes nach Oberschlesien nunmehr ihre Erledigung gefunden hat. Am Mittwoch nachmittags wurde dem Minister des Auswärtigen Dr. Rosen vom französischen und englischen Vorkäufer und dem italienischen Geschäftsträger eine von diesen drei Vertretern unterzeichnete Note überreicht, mit nachstehendem Wortlaut:

„Der Vorkäufer Frankreichs, der Vorkäufer Englands und der Geschäftsträger Italiens beehren sich, im Auftrag ihrer Regierungen die deutsche Regierung zu ersuchen, Vorkehrungen zu treffen, um mit allen möglichen Mitteln den Transport aller Truppen durch Deutschland zu erleichtern, wenn die Lage in Oberschlesien es notwendig machen würde.“

Mündlich wurde hinzugefügt, daß es sich nicht darum handelt, schon jetzt Truppen zu befördern, sondern um die grundsätzliche Bereitwilligkeit Deutschlands, dies auf spezielle Anforderung der Entente zu tun. Der Minister des Auswärtigen antwortete, daß dieses Verlangen dem von der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunkt entspreche und erklärte sich bereit, sich in diesem Sinne mit dem Reichsverkehrsminister ins Benehmen zu setzen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Zwischen den hauptsächlich beteiligten Mächten findet augenblicklich ein Meinungsaustausch über das Programm der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates statt. England möchte einen baldigen Abschluß der Konferenz dadurch ermöglichen, daß die Beratungen auf die Fragen beschränkt werden, die unbedingt ohne Verzögerung gelöst werden müssen. Unter diesen Fragen befindet sich die obersteleische Frage, die Frage der Sanktionen, der Kriegsverpflichtungen und auch die Frage der Bezahlung der deutschen Verpflichtungen.

Wie die Zeitung wissen will, ist man in britischen Kreisen entschlossen, die obersteleische Frage endgültig zu regeln. Die gleiche Ansicht herrscht in bezug auf die Rheinabteilungen. In einigen Kreisen besteht, dem Walle zufolge, bereits die Neigung zu einem Ausbleich in der Sanktionsfrage, indem die Befestigung an der Ruhrzone aufrecht erhalten, dagegen die Zollgrenze aufgehoben werden soll. Bezüglich der Frage der Kriegsverpflichtungen erscheint es durchaus möglich, daß Frankreich und vielleicht auch Belgien den Wunsch zum Ausdruck bringen werden, die Kriegsverpflichtungen selbst abzurufen.

Der „Temps“ berichtet die vorgestrichene Meldung, nach der nur an England und Italien Einladungen zur Teilnahme an den Sitzungen des Obersten Rates ergangen sein sollten: Es sind außerdem an die Vereinigten Staaten, die durch ihren Londoner Vorkäufer Garvey allerdings lediglich zu informativem Zweck vertreten sein werden, sowie an Japan und Belgien Einladungen gerichtet worden. Über die Tagesordnung ist man noch immer nicht völlig einig. Auf der einen Seite will man die schwebenden Probleme möglichst zur Entscheidung bringen, auf der anderen Seite aber die Dauer

der Sitzungen nicht zu sehr hinauszuziehen. Sicher ist, daß die obersteleische Frage den ersten Punkt der Tagesordnung bilden wird. Man rechnet hier mit der Möglichkeit, daß Lloyd George sich nach Erledigung dieser Frage bei den weiteren Verhandlungen durch Lord Curzon vertreten lassen wird.

Über die Meinung in Italien berichtet die „Fref. Itg.“ aus Rom:

Die Ausführungen des Generals de Marinis vor dem Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten gipfelten noch dem Vologneser „Resto del Carlino“ darin, daß man das obersteleische Problem nicht damit lösen könne, daß man nach Storzischem Muster die beiden früher vorgeschlagenen Grenzlinien etwas östlich oder westlich verschiebe. National sei vielmehr nur sein (de Marinis) eigenes mit Percival ausgearbeitetes Grenzprojekt, das Polen sein Recht auf die polnischen Bezirke gewähre, dabei die technisch-wirtschaftliche Einheit des Industriegebietes nicht zerreißt und den beiden Nachbarn eine für die Beileidigung geeignete strategische Grenze zuspreche. Auf einzelne Fragen von Kommissionsmitgliedern führte de Marinis noch aus, die Franzosen hätten dort im Lande nicht nur eine doppelt so starke Truppenmacht wie die Engländer und die Italiener zusammen, sondern sie hielten damit auch gerade das zentrale Industriegebiet besetzt. Wirtschaftlich stelle Oberschlesien die wichtigste Kohlenreserve Europas dar, deren Besitz für die Zukunft geradezu ausschlaggebend sei. Das deutsche Kapital sei an den Anlagen mit 90, das polnische nur mit 10 Prozent beteiligt. Die Grenzfestsetzung sei deshalb besonders schwierig, weil sich die Bergwerke gleich Labrynthen unter dem Boden hinziehen. Auf eine Frage des Gewerkschaftsführers Walde antwortete de Marinis, italienische Arbeiter könnten in Oberschlesien nicht nur ihr Brot finden, sondern sie würden von den Deutschen geradezu begünstigt werden. Die Regierung schweigt noch über die Haltung, die sie auf der Tagung des Obersten Rates einnehmen will, so daß die Wirkung der Ausführungen von de Marinis bisher noch nicht sicher feststeht.

## Neue Sturmzeichen.

Blättermeldungen aus Beuthen zufolge, deuten alle Anzeichen daraufhin, daß ein polnischer Putsch unmittelbar bevorsteht. Der polnische Terror greift immer weiter um sich. Aus Schittia haben die deutschen Grubenbeamten vor dem polnischen Terror flüchten müssen. Auch in Gieselswald und Janow werden die deutschen Beamten zur Flucht gezwungen. Aus Laurabütte und Nikolai werden Zusammenrottungen ehemaliger Insurgenten gemeldet, die schwere Gefahren für die dortige Bevölkerung befürchten lassen. Die zuständigen Kreiskontrollen sind eindringlich auf die Sturmzeichen im obersteleischen Industriegebiet aufmerksam gemacht worden.

Die Polen versenden einer AL-Meldung zufolge Drohbrieife, in denen die Deutschen aufgefordert werden, bis zum 5. August das Abstimmungsgebiet zu verlassen, weil an diesem Tage der Aufstand beginne. Eine große deutsche Flucht hat infolgedessen eingesetzt. Aus dem Kreis Beuthen wird gemeldet, daß die Insurgenten bereits den Vormarsch beginnen. In Kongreßpolen werden die Jahrgänge 1894, 1895 und 1896 einberufen.

## Ein englisches Urteil über die farbigen Besatzungstruppen.

Der nach dem Rheinland entsandte Kriegskorrespondent des „Manchester Guardian“ schildert jetzt seine Eindrücke über die Zustände im besetzten Gebiet. Sein Urteil über die farbigen Truppen unterschreibt alles das, worüber seit Monaten in dieser Richtung von der deutschen Presse Klage geführt wird. Es heißt da: Man braucht nur einmal zufällig nach Mainz oder nach Wiesbaden zu gehen, und man versteht die Stimmung im Volke, ja sympathisiert mit ihr. Welche Gründe auch immer, wirtschaftliche oder sonstige, die Veranziehung afrikanischer Truppen bestimmt haben mögen — diese Gründe hätten nicht ausschlaggebend sein dürfen gegenüber den unausbleiblichen Folgen, die der Gebrauch schwarzer Truppen haben muß. Es ist wahr, daß es sich nicht um Rekrutten handelt (das stimmt nur zum Teil), sondern um Nordafrikaner, die ein gewisses Minimum von Kultur haben. Soweit ich es habe feststellen können, werden sie auch nicht zwangsweise einquartiert, aber es macht wenig Unterschied, ob ihre Farbe ebenholzschwarz oder Milch und Kaffee ist und ob sie in so nahe Berührung mit der Bevölkerung gebracht werden, daß sie in ihre Häuser kommen. Selbst wenn sie harmlos wären — und ungeachtet unvermeidlicher Übertreibung und vieler Propaganda, gibt es überreichliche und unbestreitbare Beweise für schlechtes Betragen, das tierisch im größten Sinne ist, — ihr bloßer Anblick in den Straßen und den Eisenbahnstationen bildet eine Beleidigung und Erniedrigung selbst für den fremden Besucher.

## Unterschlagnene Unterstützungsgelder.

Wie dem „Vorwärts“ mitgeteilt wird, ist die Untersuchungskommission der Berliner Arbeiterschaft, die den Zweck hat, die wegen ihrer politischen Überzeugung Verfolgten und Verhafteten, sowie deren Angehörigen zu unterstützen, von den beiden kommunistischen Treuhändern Paul Edert und Karl Gagen um 345 000 Mark betrogen worden. Die beiden Treuhänder haben im November v. J. die gesamte Summe von den Bankguthaben der Unterstützungskommission abgehoben und sind damit verschwunden. Die als Kommissare und Revisoren tätigen Kommunisten der Kommission wurden durch einen lügenhaften Kommissionsbericht die Verantwortung bisher zu verbergen. Erst dem zum Vorsitzenden der Unterstützungskommission neugewählten Mehrheitssozialisten Barth gelang es, die Reihe von Unterschlagungen zu entdecken.

Die Veröffentlichungen über Unterschlagungen von Geldern der Unterstützungskasse der Berliner Arbeiterschaft, hat dem „Vorwärts“ und der „Freiheit“ eine Verichtigung des Rechtsanwalts Herzfeld eingetragen, in der es als unwahr erklärt wird, daß auch nur ein Pfennig verschwunden ist. Auch die Kassenberichte vom 6. Mai seien in Ordnung. Es sei daher unwahr, daß und 345 000 Mark unterschlagen worden seien. Die Einnahmen und die vorhandenen Gelder seien ordnungsgemäß verbucht und zu Unterstützungen verwendet worden. Zu dieser Verichtigung erklärt der „Vorwärts“, daß doch Zug und Trug geschähen sei. Die beiden kommunistischen Treuhänder hätten das Geld abgehoben, ohne den dritten mit verantwortlichen Treuhänder zu unterrichten. Die als Kassierer und Revisoren tätigen Kommunisten hätten die Generalversammlung der Betriebsräte in dem Glauben gelassen, die Geschäfte der Unterstützungskommission geriffelt zu haben, während sie in Wirklichkeit gemeinsam mit den beiden Treuhändern die Gelder in einem ihnen wichtiger erscheinenden Sinne verbracht hätten.

## Hunger, Pest u. Cholera in Rußland.

Der Kiewer Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ gibt Berichte aus dem russischen Hungergebiet wieder, die das grenzenlose Elend der betroffenen Bevölkerung wieder spiegeln: Die 7 Millionen Menschen, die die beiden Gouvernements Saratow und Samara bewohnen, benötigen nach einer statistischen Berechnung mindestens 154 Millionen Rubel Getreide zur Ernährung und Ausfuhr. Die diesjährige Ernte dürfte jedoch nur im Höchstfalle in beiden Gouvernements 30 Millionen Rubel erbringen, so daß demnach allein hier nicht weniger als 124 Millionen Rubel Getreide fehlen. Die Lage, in der sich die Bevölkerung dieser Gegenden befindet, ergibt sich aus einem Brief, den ein Bauer aus dem Kreise Wolst im Gouvernement Saratow nach Petersburg schrieb: „Schon im letzten Jahre hat die Ernte bloß 10 bis 15 Rubel pro Dessjatin ergeben. Das uns zur Ausfuhr überwiesene Korn haben wir zur Hälfte aufgefressen. Sommerforn ist fast gar nicht mehr gefät worden. Roggen und Winterforn ist zugrunde gegangen. Das Volk nährt sich von Eicheln, Gras und allerlei Schmutz! Es geht wie tot umher. Die Brachfelder werden nicht gepflügt. Wenn uns keine Hilfe kommt, stirbt unser ganzes Dorf von 2500 Seelen.“ Ein Brief aus dem Dorfe Tschelki im Gouvernement Samara enthält folgende Stelle: „Im Kreise Stawropol hungert die Bevölkerung verzweifelt. Man ist Gras und Feldgewächse. Das Winterforn ist von der Dürre vernichtet, das Sommerforn wird von den Insekten zugrunde gerichtet. Die Bauern bearbeiten die Felder nicht. Im Saranschen Kreise haben die meisten Bauern kein Brot mehr. Wer eine Kuh hat, nährt sich von Gras und Milch, wer keine hat, allein von Gras. Am meisten wird Pferdesauerkraut gefressen. Wochenlang lebt man nur davon. Die Menschen sind so schwach, daß sie nach zwanzig Schritten umfallen. Im Kreise Saransk sind die Leute bloß noch Schatten. Sie essen alles, was sie herunter bekommen. Gelingt es ihnen, eine Handvoll Weiz zu erhalten, so fügen sie Baumrinde, Sägespäne, Moos, Stroh, Unkraut, Eicheln und dergleichen mehr hinzu und essen dies. Nicht weniger trostlos lauten die Nachrichten aus dem von deutschen Kolonisten besiedelten Wolgagebiet. Auch dort ist eine vollständige Misere zu verzeichnen. Die deutschen Kolonisten haben Haus und Hof verlassen, rund um Saratow ein Lager gebildet und leben dort, wie es in einem Briefe eines deutschen Siedlers wörtlich heißt, „vom Bettel oder richtiger gesagt: „Herben“. Dazu wüthet in größter Weise die Cholera. Die Sterblichkeit erreicht 90 Prozent.“

## Kurze polit. Nachrichten.

DA. Von der Reichseisenbahn: Der Vorschlag für die Reichseisenbahnen für den Haushalt 1921 ist beim Personalrat bisher erreicht worden; es ist sogar trotz der Personalratserhöhung bisher ein Mehr von 96 Millionen erzielt worden. Dagegen hat der Güterverkehr den Vorschlag bisher um 912 Millionen Mark nicht erreicht. Dies ist zum Teil zurückzuführen auf die Abnahme des Güterverkehrs im Westen durch die Sanktionen, im Osten durch den Vorkriegsruhr in Oberschlesien. Immerhin weist der Monat Juli hinsichtlich des Güterverkehrs gegenüber den beiden Vormonaten schon wieder eine Besserung auf und zwar gegenüber dem April ein Mehr von 47,6 Millionen und gegenüber dem Mai ein Mehr von 142,3 Millionen.

Verbesserung im Flugpostdienst. Die Vorteile der schnellen Flugpostförderung sind bisher in einigen großen Städten, z. B. Berlin und Hamburg, durch die erheblichen Entfernungen zwischen Flugplatz und Briefverteilungsort stark beeinträchtigt worden. Die Postverwaltung hat deshalb jetzt teilweise unter Mitwirkung der Luftverkehrsunternehmen in Berlin, Hamburg und einigen anderen Städten, wo es an einer günstigen ständigen Verbindung — Eisenbahn, Straßenbahn und dgl. — zwischen Flugplatz und Flugplatz fehlt, schnelle Motorrad- oder Kraftwagenfahrten für den Flugpostabfertigungsdienst eingerichtet. Dadurch hat sich die Dauer der Flugpostförderung auf einzelnen Linien um 1 bis 2 Stunden verkürzt lassen. Dieser Vorteil äußert sich für die Verkehrsverwaltung in der Weise, daß die Schlupfzeiten für die Einlieferung von Flugpostsendungen entsprechend später festgesetzt werden und die Sendungen an den Bestimmungsorten schneller in die Hände der Empfänger gelangen können. Nähere Auskunft über die Schlupfzeiten und Bestellungen für die Flugpostsendungen erteilen die Postanstalten.

Die Regelung der irischen Frage. Der Korrespondent der „United Press“ in Dublin, der bekanntlich von der Sinnfeinerseite gut unterrichtet ist, telegraphiert, daß die irische Frage nunmehr als geregelt angesehen werden darf. De Valera und der Ausschuß der irischen Nationalversammlung haben die Einladung der britischen Regierung unter der Bedingung angenommen, daß einige Einzelheiten geändert werden. Aber die von den Sinnfeinern angenommenen Bedingungen ist das Geheimnis wohl gewahrt worden. Man versichert jedoch, daß, im Falle die britische Regierung die vorgeschlagenen Änderungen annehmen würde, Irland dieselbe Autonomie wie Kanada genießen würde. Der Beschluß der Sinnfeinerregierung wird nicht vor ungefähr 10 Tagen veröffentlicht werden. Inzwischen hofft man, daß alle Abgeordneten der irischen Nationalversammlung, die noch eingesperrt sind, freigelassen werden, damit die irische Nationalversammlung de Valeras Antwort an Lloyd George in einer vollständigen Sitzung ratifizieren kann.

## Badische Übersicht.

### Badischer Landtag.

23. Karlsruhe, 4. Aug.

Der Landtag erledigte heute ohne Aussprache den vierten Nachtrag unter Annahme eines Ausschufsantrages, wonach die Schaffung neuer Stellen zur Verbesserung der Anstellungsverhältnisse, insbesondere der Ministerialreferenten, Forstleute und Lehrmittelpersonal im Zusammenhang mit dem nächsten Haushaltvorschlag geprüft werden soll, mit dessen Aufstellung man innerhalb der Ministerien schon im September beginnen will. Debattelos fand sodann der Entwurf betr. Änderung des Verwaltungsgesetzes in zweiter Lesung Annahme.

Zur zweiten Beratung standen ferner das Ertragssteuer- und Verteilungsgesetz. Ein Telegramm der Handelskammer Schopfheim betr. Besteuerung der Wasserkräfte wurde für erledigt erklärt, da man keinen Grund sah, den § 48 zu ändern. Eine Eingabe von Gaggenau bezog sich auf die Minderung der Schülerzahl und auf die Schullasten. Sie wurde im ersten Teil als Material für das Schulgesetz überwiesen, im zweiten als erledigt erklärt. Die Verabschiedung beider Vorlagen erfolgte gleichfalls ohne jede Debatte. Gegen 12 Uhr unterbrach man die Sitzung, um dem Ausschufsausschuss Gelegenheit zur Beratung des Finanzgesetzes zu geben.

Nach Wiederaufnahme der Kollifikation teilt Präsident Dr. Kopp mit, daß dem Hause auf Grund eines früheren Beschlusses eine Denkschrift des Finanzministeriums über die zwangsweise Zurücksetzung von Beamten über 65 Jahren zugegangen sei.

Zur Kenntnis genommen wurden Johann Berichte über den inneren Geschäftsbetrieb des Landtags usw. Der Berichterstatter Abg. Dr. Leser (Dem.) dankt dem früheren Direktor Roth für seine Mithaltung und überträgt den Dank auf den jetzigen Direktor Hochschild, das Bureaupersonal, die stenographen und Presse. (Beifall.) Der Präsident schließt sich diesen Worten des Dankes und der Anerkennung an und wünscht Herrn Roth einen gesegneten Lebensabend.

Abg. Rödel (Zent.) macht Mitteilung über die 1920/21 erteilten Administrativbeschlüsse. Abg. Weismann (Soz.) äußert sich über die Ausschufshandlungen zur Frage des endgültigen Ortsklassenverzeichnisses.

Auch das Plenum befaßt sich mit den Vorschlägen des badischen Finanzministeriums und Einbringung einer parlamentarischen Abordnung zu den Beratungen in Berlin. Badens Anträge gehen dahin, daß 8 Orte mehr wie bisher in A, 20 mehr in B und 30 mehr in C kommen. Um 12 Uhr trat Mittagspause ein.

### Zur Ortsklasseneinteilung.

DZ. Der Haushaltsausschuss beantragt beim Plenum, die Regierung zu ersuchen, sie möge beim Reichsrat auf die Annahme der Vorschläge des badischen Finanzministeriums in bezug auf die Einreihung der badischen Städte und Gemeinden in das endgültige Ortsklassenverzeichnis hinwirken. Zur Erörterung und Beschlußfassung darüber sollen vier Abgeordnete (für jede der vier Fraktionen je ein Vertreter) nach Berlin entsandt werden.

### Die Aufhebung der Stammgüter.

DZ. Der Verfassungsausschuss befaßt sich in seiner letzten Sitzung mit dem Gesetzentwurf über die Aufhebung der Stammgüter. Der Berichterstatter Abg. Dr. Behner (Zent.) verwies auf die schwierigen Verhältnisse, in die adeligen Familien in der Jetztzeit gekommen sind und beantragte, daß das Gesetz in der Herbsttagung des Landtages verabschiedet wird. Das Gesetz bringt indes eine Reihe schwieriger Fragen mit sich, so die Ablosung der Witwen, Verwandten, die Sicherstellung der Beamten; ferner müssen die Verhältnisse in bezug auf Kirche und Schule, sowie hinsichtlich der Waldungen, der kirchlichen Stiftungen usw. noch geklärt werden. Der Verfassungsausschuss wird deshalb erst in der zweiten Hälfte des September seine Beratungen über diesen Gesetzentwurf fortsetzen.

### Zur Gewährung von Baudarlehen.

Vor zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Das Arbeitsministerium hat auf Grund der im vergangenen Jahr gemachten Erfahrungen es wiederum für wünschenswert gehalten, beachtenswerte ausgeführte Bauten als Einzelbauten oder in ihrem Zusammenhang als Siedelungen aus 1919 und 1920 zu veröffentlichen; in einzelnen handelt es sich dabei um Häuser von 1, 2, 3 Geschossen und um Wohnungen von Größe mit 2, 3, 4 und 5 Zimmern.

Mit Rücksicht darauf, daß es sich in der Gegenwart um die Erfüllung von Forderungen handelt, die neuer Art sind und manchen bisher nicht gekannt waren, auch darum, weil heute Beispiele solcher Art in verhältnismäßig geringer Zahl vorhanden sind, soll diese Sammlung Interessenten zum Studium zur Verfügung gestellt werden. Die Gesamtheit enthält 31 Blätter und ist zum Preis von 5 Mark durch das Arbeitsministerium zu beziehen. Wer sich hierfür interessiert, kann die Sammlungen sowohl bei den Bezirksbauämtern als auch den Bezirksämtern einsehen. All denen, welche ein Haus mit Baudarlehen bauen wollen, wird empfohlen, sofern sie in sich nicht die notwendige Sicherheit zur restlosen Erfüllung dieser Aufgabe fühlen, diese Beispiele zu studieren und aus ihnen zu lernen. Selbstverständlich entbehrt auch ein Studium dieser Beispiele den Bauherrn nicht der Verpflichtung, mit der Planbearbeitung und Ausführung nur einen tüchtigen Architekten zu betrauen, will auch er mit seinem eigenen und dem fremden Gelde etwas möglichst Vollkommenes erreichen; muß er in der Personensfrage sich Rates holen, so kann das bei dem Bezirksbauamt oder bei dem Bezirksamt geschehen.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Hundertjähriger der Erzdiözese Freiburg. Am 16. August feiert die Erzdiözese Freiburg 100 Jahre. Am gleichen Tage des Jahres 1821 wurde auf Grund der Bulle Pius VII. die alte Diözesaneinteilung beseitigt und die oberrheinische Kirchenprovinz mit den Bistümern Freiburg, Mainz, Fulda, Rottenburg und Limburg ins Leben gerufen. Dank der Bemühungen der badischen Regierung kam der Metropolitansitz nach Freiburg und nicht, wie anfänglich von Rom vorgeschlagen worden war, nach Mainz. Der erste Oberhirte der neuen Diözese war der damalige Ministerpfarrer Bernhard Boll.

Mannheim, 1. Aug. In der Begründung des bereits mitgeteilten Urteils gegen den Herausgeber des „Revolutionär“, Moriz Reberer, wegen des gefährlichen Gesetzbuches das „Revolutionär“ nicht das mindeste zu tun hatte. Dem Vorgehen Reberers gegen Geset wurde als ein hinterhältiger, niedriger und gewissenloser Angriff eines jungen Mannes gegen die Ehre eines im Kampfe ergrauten, geachteten Politikers bezeichnet und ausdrücklich festgestellt, daß der „Salon-Kommunist“ Reberer dabei wider besseres Wissen, als beuht verleumdend gehandelt habe. Nur dem Umstand, daß Reberer unter dem Einfluß einer durch krankhaften Ehrgeiz verursachten „Verbrennung“ gestanden, habe er es zu verdanken, daß die Freiheitsstrafe nicht noch höher ausfiel.

DZ. Schwebingen, 1. Aug. Der Gendarmerie ist es gelungen, in der Person des Georg Schell von Waldorf einen Schwerverbrecher der gefährlichsten Sorte festzunehmen. Seit über 2 Jahren hat der nunmehr Verhaftete im badischen Odenwald und Mittelbaden, besonders aber in den Bezirken Heidelberg und Bruchsal, die schwersten Einbrüche verübt und auf seinen Raubzügen reichste Beute gemacht. Ein Jahr lang glückte es ihm, sich allen Nachstellungen zu entziehen, weil ihm gute Freunde halfen. In Ostfildern, wo er sich bei seiner Geliebten aufhielt, konnte er jetzt verhaftet werden. Schell hatte bei der Verhaftung ein ganzes Arsenal von raffinierten Diebstahlsgeräten und selbstverständlich auch Waffen bei sich. Er hat mindestens 50 Einbrüche und Eigentumsdelikte auf dem Kerbholz.

DZ. Gernsheim, 1. Aug. Hier ist gestern wieder ein Waldbrand ausgebrochen. Die hiesige Feuerwehre wurde alarmiert, die das Feuer bald eindämmte. Es fielen etwa 20 Viertel Wald dem Feuer zum Opfer. Das Rauchen oder das Ablochen im Walde scheint die Ursache zu sein.

DZ. Freiburg, 2. Aug. Eine im Leben der Stadt Freiburg weit über künstlerische Kreise hinaus bekannte Persönlichkeit, Fräulein Anna von Wed, Inhaberin der Schule für Rhythmik und künstlerischen Tanz, ist am Sonntagabend einem Herzleiden erlegen. Oft hatte Fräulein von Wed mit ihren Schülerinnen ihre Kunst in den Dienst der Caritas gestellt und manche Aufführung des Stadttheaters durch ihre Vorführungen verschönert.

DZ. Von der Reichenau, 31. Juli. Ein schweres Bootsun- glück ereignete sich gestern auf dem Untersee. Eine an ein Motorboot angehängte Gondel mit zahlreichen Passagieren sank infolge des hohen Wellenganges. Ein Kind des Bootsführers Blum ist ertrunken, ein 23 Jahre alter Tourist wird vermisst. Noch ist keine Nachricht vorhanden, ob der See nicht noch ein weiteres Opfer forderte. Das abgetriebene Boot ist aufgefunden worden. Das Unglück ereignete sich während eines Gewitters. Der Wind hatte aber laut „Konstanzer Nachrichten“ höchstens Stärke 6. In der angehängten Gondel sollen etwa vierzehn Personen gefessen sein. Die Feststellung ist erschwert, da die Leute sich gegenseitig nicht kannten. Bisher war kaum einmal ein Fährboot etwas Ernstliches passiert. Wie die genannte Zeitung bemerkt, fuhren früher die- leicht vier bis fünf Leute nach den Jürgen, heute aber seien es Massen, denen der gegenwärtige Überfahrbetrieb nicht mehr gewachsen sei.

DZ. Konstanz, 3. Aug. Zu dem Bootsun- glück auf dem Gna- densee wird berichtet, daß nach langem Suchen die Leiche des 23jährigen Leibes des Fährmanns geborgen wurde. Die Befürchtung, daß noch ein weiteres Opfer dazukommen werde, hat sich durch die Auffindung der Leiche einer Berliner Lehr- rinnen namens Reibel, bewahrheitet.

### Aus der Landeshauptstadt.

Der erste Regen nach langer Dürre ist gestern abend endlich eingetroffen. Er dauerte mehrere Stunden an und brachte neben dem für Feld und Flur so dringend nötigen gegenstän- digen Regen auch eine bis in die heutige Vormittagsstunden anhaltende Temperaturniedrigung.

Der Reichsverband Deutscher Milchhändler hielt hier in der vergangenen Woche seine erste Verbandstagung ab, zu dem sich etwa 300 Vertreter aus allen Teilen des Reiches, besonders aus Baden, Württemberg, Bayern und der Pfalz eingefunden hatten. Herr Kuhn-Berlin, der an Stelle des plötzlich verstorbenen Prof. Krüger aus Darmstadt referierte, gab der Überzeugung Ausdruck, daß der Milchhandel über kurz oder lang wieder in seine alten Rechte eingesetzt werde.

## Badische Gemeindeschau.

### Tagung des Badischen Ratsschreiberverbandes.

Der Badische Ratsschreiberverein, der älteste Fachverein, nicht nur in Baden, sondern in ganz Deutschland, hielt am Sonntag in Singen a. N. seine 33. Jahreshauptversammlung ab, die von 345 Vertretern aus allen Landesteilen besucht war. Auch die Vertreter der Behörden hatten sich zu der Tagung eingefunden.

Verbandspräsident Person-Durlach erstattete den Geschäftsbericht. Diesem ist zu entnehmen, daß der Verein 1634 Mitglieder und 4 Ehrenmitglieder zählt. Im Rahmen des Geschäftsberichts teilte der Vorsitzende die vom Verband unter- nommenen Schritte mit, um die Ausdehnung der Zuständig- keit der Ratsschreiber auf das Recht der Eheschließung in Vertretung des Bürgermeisters zu erreichen. Die eingeleiteten Schritte sollen weiter verfolgt werden.

Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung war die Beratung über das Fürsorgegesetz für die badischen Gemeinde- und Körperchaftsbeamten, worüber Verbandsdirektor Keller berichtete. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der be- dauert wird, daß die Regelung der Ruhegehaltsberechtigung und der Hinterbliebenenfürsorge für die öffentlich-rechtlichen Beamten der Gemeinden nicht in der Weise erfolgt sei, wie für die Beamten des Reichs und der Länder. Regierung und Landtag werden ersucht, ungeeignet die Bestimmung, wonach Feuerungsbeihilfen zu den Ruhegehältern nur im Falle der Bedürftigkeit gewährt werden sollen, dahin zu ändern, daß diese Zulagen den Beamten von rechts wegen zustehen. Weiter berichtete der Verbandsdirektor über die neue Gemeindeord- nung. Erörtert wurden ferner die Fragen der Zuständigkeit der Ratsschreiber und die Rangordnung zwischen Ratsschreiber und Gemeinberechnern, wozu verlangt wurde, daß die frühere Fassung der Gemeindeordnung, in der der Ratsschreiber vor dem Gemeinberechner aufgeführt wird, wieder hergestellt werden müsse. Die nächste Tagung findet in Rastatt statt.

DZ. Lahe, 30. Juli. Am Freitag fand hier eine Bürgeraus- schußsitzung statt, wobei die Verhandlung über den ersten Punkt der Tagesordnung, betreffend das Elektrizitätsmerk- lahr A.-G. fast zwei Stunden in Anspruch nahm. Wie die Vorlage besagt, ist das Werk in erfreulicher Weiterentwicklung begriffen, es sind heute außer der Stadt 33 Landgemeinden gegenüber 6 Ortschaften bei Gründung der Gesellschaft in das Stromversorgungsgebiet einbezogen. Vorgelesen ist 2 Mil- lionen Mark Aktien und 1,2 Millionen Mark Obligationen auszugeben. Die Vorlage wurde angenommen. — Das Rech- nungsjahr 1920/21 schloß mit einem Fehlbetrag von 670 000 Mark ab, zu dem noch ein solcher von rund 240 000 M. aus dem vorigen Rechnungsjahr hinzukommt. Der Bürgeraus- schuß genehmigte die Vorlage, die eine Erhebung einer Nach- tragsumlage von 50 Pf. für 100 M. Steuerwert des Liegen- schafts- und Betriebsvermögens vorsieht (für das Rechnungsjahr 1920/21) und die Erhebung einer vorläufigen Umlage von 2 M. für das Rechnungsjahr 1921/22. Der Ertrag der Nachtragsumlage beläuft sich auf 485 000 M. und derjenige der laufenden Umlage auf 1 940 000 M.

DZ. Freiburg, 31. Juli. Das Rechnungsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von 252 000 M. ab, wovon 112 600 M. durch Mehreinnahmen gedeckt sind. Für die restlichen 140 000 Mark aber noch Deckung durch eine Nachtragsumlage erforder- lich ist. Der Bürgerauschluß bewilligte zur Deckung des Fehlbetrages in Höhe von 140 000 M. die Nachtragsumlage von 70 Pf.

DZ. Schopfheim, 30. Juli. Einmütig stimmte gestern der Bürgerauschluß der Erhebung einer Umlage von 1,40 M. aus dem Liegenschafts- und Betriebsvermögen für 1921 zu, für ein provisorisches Schwimmbassin wurden 50 000 M. be- willigt, von denen 35 000 M. aus Stiftungen vorhanden sind. Der neue Sportplatz, welcher für diesen Herbst angelegt wird, erfährt eine neue Vergrößerung, die noch einen Aufwand von 5000 M. erfordert. Für die so dringende Hilfe für die Ober- schlesier wurden 1000 M. bewilligt und schließlich die auf 65 Prozent erhöhten Feuerungszulagen an die Staats- und Ge- meindebeamten, auch dem Bürgermeister, zugestimmt.

DZ. Rastatt, 1. Aug. Die Erhebung einer Nachtragsumlage von 30 Pfennigen pro hundert Mark Steuerkapital wurde in der letzten Bürgerauschlußsitzung ohne Debatte genehmigt.

DZ. Sulzburg, 1. Aug. Der letzte Stammholzverkauf der Gemeinde Sulzburg (etwa 2000 Festmeter) erbrachte einen Erlös von rund 366 000 M.

DZ. Konstanz, 31. Juli. Der Bürgerausschuß hatte über den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1920/21 hinaus Kredite in Höhe von 1,8 Millionen Mark bewilligt, für die Deckung fehlte. Auf Vorschlag des Stadtrates wurde nunmehr beschloffen, diesen Fehlbetrag durch Erhebung einer Nachtragsumlage aufzubringen. Entsprechend einem Antrage aus der Mitte des Bürgerausschusses, soll der Betrag nicht allein von den Hausbesitzern, sondern auch von den Mietern aufgebracht werden. — Auch der Singener Bürgerausschuß beschäftigte sich mit umfangreicheren Vorlagen, die erhebliche Mittel erfordern. So wurde die Vorlage betr. das Tiefpumpwerk, worüber wir kürzlich berichteten, angenommen. Für die Erweiterung des Betriebes des Rinderheims wurden 50 000 Mark bewilligt.

## Von der Angestelltenversicherung.

### Besondere Bestimmungen für „Halb-Versicherte“.

Halb-Versicherte, die auf Grund eines privaten Lebensversicherungsvertrages nach § 390 ABG. von der eigenen Beitragsleistung befreit sind, haben nach § 392 ABG. nur Anspruch auf die halben Leistungen dieses Gesetzes.

Demgemäß trägt die R. f. A. bei Halb-Versicherten nur etwa die Hälfte der Kosten des Heilverfahrens, während die Versicherten selbst einen Kostenbeitrag in Höhe der Hälfte der voraussichtlich entstehenden Kosten zu leisten haben.

Die Bestimmung von Ort und Art der Durchführung des Heilverfahrens behält sich die Reichsversicherungsanstalt auch bei Halb-Versicherten vor.

Halb-Versicherte sind in gleicher Weise wie die anderen in Heilfürsorge genommenen Versicherten an die allgemein für das Heilverfahren aufgestellten Bestimmungen der Reichsversicherungsanstalt gebunden. Jene, welche Sonderrechte bezüglich Unterbringung, Verpflegung und Behandlung stehen dem Halb-Versicherten auf Grund seiner Mitbeteiligung an den Kosten nicht zu.

Der Anspruch auf ein Einzelzimmer kann auch durch etwaige Zuzahlung nicht erworben werden.

Der von der Reichsversicherungsanstalt festgesetzte, für eine vierwöchige Kur von dem Versicherten zu leistende Kostenbeitrag ist vor Eintritt der Kur für 4 Wochen im voraus an die von der Reichsversicherungsanstalt im Einzelfalle näher zu bezeichnende Bade- oder Heilanstaltsverwaltung zu entrichten. Erst nach Eingang des Betrages erfolgt seitens der Bade- oder Heilanstaltsverwaltung die Einberufung zur Kur.

Bei mehr als 4wöchiger Kurdauer sind entsprechende Zahlungen weiterhin für 14 Tage bzw. 4 Wochen im voraus zu leisten.

## Städtisches Konzerthaus.

Freitag (e) 5. August, 7 — geg. 10 Uhr.

### Volkshühne R 4 Der Vogelhändler.

## Die weltberühmt. Passionsfestspiele

auf der größten Freilichtbühne der Welt, 200 m breit, 100 m tief, in **Freiburg i. B.** unter Zugrundelegung des alten Oberammergauer Urtextes unter Leitung und Mitwirkung der berühmten bayrischen Christ- und Judastarsteller, Brüder Adolf und Georg Fahnstich. — Flächeninhalt der Festspielanlage 40 000 qm. — Spielzeit vom 16. Juli ab, jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag, sowie an Feiertagen bis Ende September. — Anfang 1/2 Uhr, Ende 7 Uhr, 1500 Mitwirkende. Auskunst und Prospekte kostenlos durch **B. Gotthard, Freiburg i. B., Kaiserstraße 132, Fernruf 879.** Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung. **Die Festleitung.** [K. 334]

## Aufruf!

Ein schweres Brandunglück hat die Stadt Döflingen heimgesucht, es hat 36 Anwesen zerstört und gegen 200 Einwohner obdachlos gemacht. Für das zahlreiche Vieh der Brandbeschädigten fehlen die Stallungen, das Futter ist mit den gesamten landwirtschaftlichen Geräten verbrannt.

### Hilfe ist dringend geboten, in unserer Zeit mehr als je.

Wir wenden uns an alle, die helfen können, mit der dringenden Bitte, alles zu tun um die Not zu lindern.

Geld, Kleidung, Hausrat, Lebensmittel, Futter, landwirtschaftliche Geräte, alles was entbehrt werden kann, bedeutet für uns wertvolles Gut.

Gestiftet werden als möglich, und geht Eure Spenden an die Bürgermeisterei und Pfarrämter ab. Geld nehmen auch das Bürgermeisterei und Pfarramt Döflingen entgegen, es kann auch auf das Postkontto des unterzeichneten Hilfsausschusses für Döflingen, Postfachkonto Nr. 34780 Karlsruhe, einbezahlt werden.

Gestiftet alle, die Ihr geben könnt, denkt daran, daß Euch auch das Unglück treffen kann und verleiht Euch in die Lage der armen Brandbeschädigten.

### Bezirksamt Neustadt, Bürgermeisterei des Bezirks Neustadt.

## Hilfsausschuß für die Stadt Döflingen.

## Soziale Frauenschule des Badischen Frauenvereins in Karlsruhe.

Staatlich anerkannte Prüfungsstelle für Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtsinspektoren, Anstalt zur privaten Ausbildung auf sozialem Gebiete, zweijähriger Lehrgang. Eröffnung des neuen Schuljahres am **14. September ds. Jrs.** Sitzung und Auskunftsamt durch die Leiterin **Fr. Dr. Ebernd, Sofienstr. 39/41** oder den **Badischen Frauenverein, Gartenstr. 19/31.**

## Staatsanzeiger.

Landtagswahl 1921 betr.

Das Staatsministerium hat durch Entschliebung vom 21. Juli 1921 bestimmt, daß die Neuwahl des badischen Landtags am

Sonntag, den 30. Oktober 1921

stattzufinden hat. Als Landeswahlleiter wird ernannt: der Ministerialrat im Ministerium des Innern Dr. Bender und als dessen Stellvertreter der Regierungsrat im Ministerium des Innern Kreisstein.

Als Kreiswahlleiter und deren Stellvertreter werden ernannt:

für den Wahlkreis I, umfassend die Kreise Konstanz und Billingen: Oberamtmann Geh. Regierungsrat Dr. Belzer in Konstanz; Stellvertreter: Amtmann Kohlhepp in Konstanz;

für den Wahlkreis II, umfassend die Kreise Waldshut und Grotach: Oberamtmann Schäfer in Waldshut; Stellvertreter: Amtmann Dr. Strauß in Waldshut;

für den Wahlkreis III, umfassend den Kreis Freiburg: Oberamtmann Geh. Regierungsrat Ewerdt in Freiburg; Stellvertreter: Amtmann Brand in Freiburg;

für den Wahlkreis IV, umfassend die Kreise Offenburg und Baden: Oberamtmann Schworer in Offenburg; Stellvertreter: Amtmann Dr. Sanber in Offenburg;

für den Wahlkreis V, umfassend den Kreis Karlsruhe: Oberamtmann Schäfer in Karlsruhe; Stellvertreter Geh. Regierungsrat Dr. Wendt in Karlsruhe;

für den Wahlkreis VI, umfassend den Kreis Mannheim: Oberamtmann Geh. Regierungsrat Steiner in Mannheim; Stellvertreter: Oberamtmann Fuchs in Mannheim;

für den Wahlkreis VII, umfassend die Kreise Heidelberg und Mosbach: Oberamtmann Geh. Regierungsrat Jolly in Heidelberg; Stellvertreter: Amtmann Münch in Heidelberg.

Als Tag, von dem ab die Wählerlisten oder Wahlkarten auszuliegen sind, wird **Mittwoch, den 28. September 1921** bestimmt.

Karlsruhe, den 2. August 1921.

Ministerium des Innern.

Kemmler.

Braun.

### Die Errichtung einer Apotheke in Denglingen betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb einer neu zu errichtenden Apotheke in Denglingen wird zur Bewerbung ausgeschrieben.

Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen 4 Wochen hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 1. August 1921.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Arnold.

Seller.

### Errichtung von Finanzämtern.

Auf 15. Juli d. J. ist in Bretten ein Finanzamt im Sinne von § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet worden. Sein Geschäftsbezirk umfaßt den Amtsbezirk Bretten und dem Amtsbezirk Eppingen die Gemeinde Sulzfeld. Das Finanzamt übernimmt für seinen Geschäftsbereich zu seinen bisherigen Geschäften die Geschäfte des Steuerkommissariats Bretten, der auf oben genannten Zeitpunkt aufgehoben und mit dem Finanzamt Bretten vereinigt wird. Auf denselben Zeitpunkt wird auch die Steuerinspektorei Bretten aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt.

Karlsruhe, den 28. Juli 1921.

Der Präsident des Landesfinanzamts.

Söhler.

Ducca.

Die Rechnung des Spar- und Darlehensvereins der Angehörigen der bad. Staatsverwaltung und der Beamten der Städte der Städteordnung für das Jahr 1920 betr.

Der Geschäftsbericht über den Stand der Kasse des Spar- und Darlehensvereins der Angehörigen der bad. Staatsverwaltung und der Beamten der Städte der Städteordnungsstädte für das Jahr 1920 wird nachstehend zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Karlsruhe, den 25. Juli 1921.

Ministerium der Finanzen.

A. A. Dr. Steinbrenner.

Für das Jahr 1920.

Aktivstand:

1. Kapitalien . . . . .	657 360,76 M.
2. Bank- und Sparkassenguthaben . . . . .	118 580,97 "
3. Rassenvorrat am 31. Dezember 1920 . . . . .	40 090,38 "
Summe: Aktiven . . . . .	816 032,11 M.

Passivstand:

1. Einlageguthaben der Mitglieder auf Ende 1920 . . . . .	777 854,40 M.
2. Zinsen und Gewinnanteil . . . . .	36 558,37 "
3. Rücklagenbestand . . . . .	1 508,97 "
4. Sonstige Verbindlichkeiten . . . . .	50,37 "
Summe: Passiven . . . . .	816 032,11 M.

Die Spareinlagen verzinsen sich lt. Vorstandsbeschluss mit Einschluß des Gewinnanteils nach Abzug der Kapitalertragssteuer mit 3,85 v. H. Darlehen an Mitglieder wurden in 417 Fällen im Gesamtbetrag von 436 625 M. gewährt.

Mitgliederstand:

Stand am Anfang des Rechnungsjahres . . . . .	5 633
Neuzugang im Laufe des Rechnungsjahres . . . . .	326
zusammen . . . . .	5 959
Abgang (Tod oder freiwilliger Austritt) . . . . .	123
Stand am Schluß des Jahres . . . . .	5 836

Karlsruhe, den 22. Juni 1921.

Der Vorsitzende.

Dr. Zimmermann, Ministerialrat.

## Grundzüge des theoretischen Unterrichts der freiwilligen Sanitätskolonnen

Für Wiederholungskurse in Frage und Antwort

bearbeitet von

Kolonnenarzt Dr. Guttenberg, Freiburg

10. Auflage (VI und 59 Seiten)

Preis 3.50 Mk., bei Abnahme von mehr als 30 Stück 3.— Mk.

Bei der Fülle des Unterrichtsstoffes für freiwillige Sanitätskolonnen und der meist nur beschränkten Zeit ist das vorliegende Büchlein ein bewährtes Hilfsmittel für den Kursleiter und für den Kursteilnehmer, den Unterricht möglichst fruchtbar zu machen. Erfahrungsgemäß ist es dem angehenden Sanitätsmanne bei einer Prüfung oft sehr schwer, für den ihm vielleicht richtig vorschwebenden Gedankeninhalt den passenden Ausdruck zu finden. Die knappe, klare Fassung der Fragen und Antworten nimmt hierauf gebührend Rücksicht, wobei noch eine gewisse Einseitigkeit der Abfassung die Lernbarkeit erleichtert und das Gedächtnis unterstützt.

Der erste Teil umfaßt die erste Hilfeleistung und Transport Verwundeter und Kranker, der zweite die Krankenpflege, so daß mit insgesamt 212 Fragen das Wesentliche des ganzen Gebietes behandelt ist.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag **G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe in Baden** Karlsruherstraße 14

### Die Stelle des Spitalverwalters

ist neu zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der staatlich geprüften Revisionsbeamten wollen sich unter Angabe der Gehaltsansprüche bis längstens **15. August ds. Jrs.** melden. [A. 492] **Radolfzell, 1. August 1921.** Gemeinderat.

### Bürgerl. Rechtspflege

**1. Streitige Gerichtsbarkeit.** [A. 399.2.2.] Karlsruhe. Die Frau Sofie Carneck geb. Stoll in Baden-Baden, Deglerstraße 5, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwält Dr. Böwig in Baden, klagt gegen ihren Ehemann Maurer Luigi Carneck z. Zt. in Frankreich, unbekanntem Aufenthalts, früher zu Baden-Baden wohnhaft, auf

Grund des § 1568 BGB. mit dem Antrage auf Scheidung der am 23. April 1906 zu Baden-Baden geschlossenen Ehe aus Verschulden des Beklagten. Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die III. Zivilkammer des Landgerichts zu Karlsruhe auf **Donnerstag, den 24. November 1921, vormittags 9 Uhr,** mit der

Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. **Karlsruhe, 1. Aug. 1921.** Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Angebot.

[A. 400.2.1.] Karlsruhe. Die Schneider Udo Krug Ehefrau, Magdalena geb. Göschl zu Karlsruhe, Birkel 18 II.

Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwält Dr. Kirchgauer in Karlsruhe, klagt gegen ihren Ehemann früher zu Karlsruhe Birkel 18 II, jetzt unbekanntem Aufenthalts wegen Ehebruchs und schwerer Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten, mit dem Antrag auf Scheidung der am 5. September 1906 in Köln geschlossenen Ehe aus Verschulden des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die I. Zivilkammer des Landgerichts Karlsruhe auf **Dienstag, den 15. November 1921, vormittags 9 Uhr,** mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

**Karlsruhe, 1. August 1921.** Der Gerichtsschreiber des Landgerichts **S. A. I.**

[A. 307.2.1.] Durlach. Der Landwirt und Schuttmacher Heinrich Nonnenmacher in Untermuschelbach hat beantragt, das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung aller Personen außer dem Antragsteller, mit ihren Ansprüchen an dem im Grundbuch der Gemeinde Untermuschelbach Bd. 6 S. 4 Abs. I auf den Namen der Luise von Bierjen geb. Nonnenmacher, Ehefrau des Steinhausers Dietrich von Bierjen in Karlsruhe eingetragenen Grundstück Lfd. Nr. 1480, 13 Nr. 1, welche im Gemann erste Gemann ob dem Langenwäldle, einzuleiten.

Aufgebotsstermin ist bestimmt auf **Dienstag, den 8. November 1921, 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht Durlach, 2. Stod, Zimmer 23. Der bisherige Eigentümer sowie alle, welche

Rechte von diesem an das Grundstück ableiten, werden aufgefordert, ihre Rechte an dem Grundstück spätestens in obigem Termine geltend zu machen, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird. **Durlach, 23. Juli 1921.** Der Gerichtsschreiber Amtsgerichts 2.

Konkursverfahren.

[A. 409.] Konstanz. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Karl Schmid jung, Verlag der Süddeutschen Zeitung in Konstanz ist mangels Vorhandenseins einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse am 28. Juli 1921 eingestellt worden.

Konstanz, 26. Juli 1921. Amtsgericht Konstanz.

Aufgebot.

[A. 398.2.] Wiesloch. Der Landwirt Josef Weigel in Unterhof hat beantragt den beschlossenen Philipp Weigel, geb. 1. Mai 1863 in Unterhof und den Mathias Weigel, geb. am 3. August 1861 in Unterhof, beide zuletzt wohnhaft in Unterhof, für tot zu erklären. Die bezeichneten Verstorbenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Freitag, den 21. April 1922, vormittags 11 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verstorbenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. **Wiesloch, 19. Juli 1921.** Der Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts.

Verf. Bekanntmachungen

**Schweiz. Transportreglement.**

Mit Gültigkeit vom 1. August 1921 wird die auf 15. August 1916 eingeführte Ergänzung der Nr. X und XXI der Anlage V betr. Weschaffenheit der Kesselwagen zur Beförderung von Schmelzschlacken und Gängen aufgehoben. [A. 430] **Karlsruhe, 31. Juli 1921.** Eisenbahn-Generaldirektion.